EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

VORLÄUFIG
2007/2019(BUD)

5.7.2007

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2008
(C6-0000/2007 - 2007/2019(BUD))

Einzelplan III – Kommission

Verfasserin der Stellungnahme: Bárbara Dührkop Dührkop

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den Haushaltsausschuss als federführenden Ausschuss, die folgenden Vorschläge in seinen Entschließungsantrag einzubeziehen:

1. stellt mit Genugtuung die beträchtliche Aufstockung der Mittel des Haushaltsplans für Titel 18 „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ für das Haushaltsjahr 2008 fest und wertet diese Aufstockung als ein Zeichen der Anerkennung, dass dieser Bereich für die europäischen Bürger von großer Bedeutung ist;

2. bekräftigt die Notwendigkeit, dass sich die Europäische Union auf gemeinsame Normen und Verfahren zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger einigt[1]; vertritt die Auffassung, dass der Rückkehrfonds ohne diese Richtlinie nicht umgesetzt werden sollte; stellt deshalb den für diesen Fonds vorgesehenen Betrag in die Reserve ein;

3. besteht darauf, dass Europol in den Gemeinschaftsrahmen integriert wird, um in stärkerem Maße rechenschaftspflichtig, transparent und – so ist zu hoffen – wirksam zu sein;

4. ist der Auffassung, dass der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) eine wichtige Funktion bei der integrierten Verwaltung der Außengrenzen zukommt; vertritt jedoch die Ansicht, dass die Agentur der Haushaltsbehörde in Bezug auf die Ausführung des Haushaltsplans in stärkerem Maße rechenschaftspflichtig sein sollte, insbesondere in Bezug auf die von Frontex organisierten Missionen; fordert die Agentur auf, dem zuständigen Ausschuss regelmäßig über ihre Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

[1] Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (KOM(2005)0391 - 2005/0167(COD)).